

Prof. Dr. Adalbert Evers

„...Ein weites Feld“. Der Beitrag des Freiwilligensurveys 2014 zu dessen Sichtbarmachung

Als ich im Februar 2000 an der ersten Sitzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ teilnahm, machte der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seiner Begrüßung einen Kommentar, der mir seit damals zu denken gibt: „Da haben Sie sich aber ein weites Feld vorgenommen“. Nun, die Freiwilligensurveys sollten ein Mittel sein, dieses Feld öffentlichkeitswirksam wissenschaftlich zu bearbeiten, es besser sichtbar zu machen. Eine solche Sichtbarmachung erfordert zweierlei. Zum einen geht es darum, die Grenzen dieses Feldes des „Freiwilligen Engagements“ abzustecken, zum anderen darum, der Landschaft in diesem Feld Konturen zu geben. Welche unterschiedlichen Formen des Engagements gibt es? Wie sind sie organisatorisch gefasst? Was motiviert in so verschiedenen Bereichen wie der gemeinsamen Freizeitgestaltung oder der Organisation einer Protestaktion zum Engagement?

Ich finde, dass der Freiwilligenurvey in Hinblick auf die erste Frage (Was zählt als Freiwilligenengagement?) zu gut vertretbaren Abgrenzungen und transparenten Messverfahren kommt. In Hinblick auf die zweite Frage (Welche Muster werden bei der Vielfalt des Engagements in diesem Feld erkennbar?) lässt er aber viel zu wünschen übrig. Diese Einschätzung soll im Folgenden begründet und für einen Aspekt, den ich als besonders wichtig erachte, die Dimension des Politischen im Engagement, verdeutlicht werden.

1. Was gehört zum „freiwilligem Engagement“? Die Verwendung eines breiten und offenen Begriffs empfiehlt sich, aber sie sollte auch Konsequenzen haben

In ihren konzeptionellen Überlegungen geben die Autoren dem Begriff Engagement nur ein Adjektiv mit: freiwillig. Es soll um die Formen des Handelns gehen, die freiwillig ausgeübt werden. Damit ist eine wichtige Abgrenzung sowohl gegenüber dem breiten Bereich von Tätigkeiten möglich, bei dem enge persönliche Bindungen zum Engagement verpflichten und zu dem Bereich, bei dem Zwänge aus der Tätigkeit als Erwerbsarbeit herrühren. Es ergibt sich daraus auch ein Fokus auf den öffentlichen Raum und kooperatives Handeln. Große Teile des Engagements bei informellen Hilfen fallen damit nicht unter diesen Begriff des freiwilligen Engagements.

Nun hat Roland Roth im BBE-Newsletter 10/2016 kritisiert, dass man die Gemeinwohlorientierung des Engagements beiseite gelassen habe. Hier finde ich die Replik der Autoren des

Freiwilligensurveys 2014 richtig, dass es sich dabei um ein Qualitätsmerkmal handelt, das ganz besonders von normativen Orientierungen (der Befragten) und der Untersuchenden abhängt. Um die Schärfe dieses Streits zu verstehen, muss man allerdings wissen, dass das seinerzeit von der Engagementkommission gewählte Adjektiv „bürgerschaftlich“ darauf zielte, Engagement gleich doppelt zu qualifizieren: als ein Handeln mit politischer Dimension (als Bürger, d.h. als Mitglied eines politischen Gemeinwesens, der Bürgerschaft) und als ein Handeln, das diese politische Gemeinschaft und Bürgergesellschaft in ihren demokratischen Qualitäten achtet und stärkt. Gemeinwohleffekte sind in beiden Fällen ein wichtiger Maßstab. Sehen wir einmal davon ab, dass es widersprüchlich ist, einerseits mit einem solchen strengen Begriff zu operieren und doch gleichzeitig Aktivitäten im Sport- und Gesangsverein und dergleichen mehr ins Engagement einbeziehen zu wollen, so dass dann alles Engagement bürgerschaftlich wird. Die Pointe bei Gemeinwohl und Bürgerschaftlichkeit liegt ja darin, unter Bezug darauf „dunkle Seiten“ der Zivilgesellschaft zu identifizieren, wo Engagement nicht die Gemeinwohlorientierung einer demokratischen Gesellschaft respektiert oder fördert, sondern womöglich das Gegenteil bewirkt. Allerdings, was tun, wenn es nicht nur Schwarz und Weiß gibt, sondern ganz viele Grautöne? Wie und wo sollte angesichts dessen ein Freiwilligensurvey solches Engagement aussortieren? Und ist es überhaupt vernünftig, das zu tun? Ist man nicht besser beraten, Engagement in einem solchen Survey in seiner ganzen Breite zu erfassen und dann evtl. mit speziellen Untersuchungen (z. B. zu Engagementformen der „radikalen Rechten“) daranzugehen, zu differenzieren und so öffentliche Debatten und dort vorzunehmende Bewertungen zu unterstützen? Dort wo Engagement von kulturellen, sozialen und politischen Orientierungen bewegt und in Gang gehalten wird, kann man vor Ab- und Ausgrenzungen, die bei einem Survey nach Maßgabe von Begriffen wie „Gemeinwohl“ oder „bürgerschaftlich“ operieren, nur warnen. Es ist nicht so lange her, dass Umweltproteste und viele engagierte Kulturprojekte als etwas galten, das Gemeinwohl und Grundwerte einer ordentlichen Bürgergesellschaft in Frage stellt.

Das Problem des Engagementberichts ist nun aber, dass er einerseits den Anspruch einzulösen sucht, ein breites Feld freiwilligen Engagements zu untersuchen – einschließlich kontroverser und womöglich problematischer Protestaktionen, Petitionen, politischer (Ehren)Ämter und verbandlicher Interessenvertretungen, gleichzeitig aber einem Diskurs verhaftet bleibt, der unterstellt, dass fast alles Freiwilligenengagement „gut“ ist – je mehr desto besser. Warum nicht sagen: Engagement nimmt zu, aber unser Survey kann zu Fragen nach seinen sicherlich sehr verschiedenen kulturellen, sozialen und demokratischen Qualitäten nur wenig Aussagen machen? Das führt zu einem zweiten kritischen Punkt.

2. Es braucht mehr Aufmerksamkeit für die Vielfalt des Engagements und nicht nur für die Vielfalt der Akteure und Bereiche, bei denen es zu finden ist

Die Autoren des Freiwilligenberichts 2014 unterstreichen selbst, dass es mit der Messung von Quoten nicht getan ist, sondern dass es darum geht, zu differenzieren. In diesem und den bisherigen Surveys geschieht das in dreierlei Weise:

1. nach beteiligten Bevölkerungsgruppen (Alter, Bildungsstand, Geschlecht, Religion...)
2. nach gesellschaftlichen Aufgabenbereichen (Soziales, Kultur, Sport, politische Interessenvertretung...)
3. nach Engagementformen (praktisch aktiv beteiligt sein, an Debatten partizipieren und Protestieren, Spenden ...)

Unbefriedigend bei dieser Art der Differenzierung ist, dass (mit Ausnahmen bei dem dritten Punkt) nur die Vielfalt der Akteure und Schauplätze vorgeführt wird; das, was ihr Engagement aber jeweils ausmacht, bleibt in vieler Hinsicht unbestimmt. Da man es nun mit einem sehr weiten Feld und seinen inneren Differenzierungen – einer „unübersichtlichen Engagementlandschaft“ – zu tun hat, wäre es wichtig (soweit es in einem Survey möglich ist), herauszuarbeiten, was die Engagierten eigentlich tun, welche Typen unterschiedlicher Handlungsformen im Engagementfeld koexistieren. Wie sehr geht es um Spenden, Protestieren, Interessen vertreten – das lässt sich mit diesem Survey unterscheiden. Aber was ist sonst noch wichtig, um typische Tätigkeiten und Einstellungen erfassen zu können?

Es gibt einen Abschnitt im Survey, der zu dieser Frage etwas Auskunft gibt (S. 121 f.). Hier werden Aufzeichnungen zu ganz konkreten Handlungsformen, etwa im Bereich Sport, Umwelt, Naturschutz, Rettungsdiensten u. a. m. präsentiert. Im Verzeichnis von Tätigkeiten, das man zu diesen Bereichen jeweils findet, bekommt Engagement konkrete Gesichter: es geht u. a. um die Ausschilderung von Wanderwegen, die Organisation von Versammlungen, die Vorbereitung von Online-Petitionen, die Mithilfe bei der Erarbeitung einer Richtlinie oder die Vorstandsarbeit. So positiv es ist, dass hier einmal konkrete Tätigkeiten aufgelistet werden, so unbefriedigend ist es, dass jeder Versuch unterbleibt, Typen von engagiertem Handeln herauszuarbeiten. Vielleicht hat man deshalb den entsprechenden Abschnitt zu „Profilen gesellschaftlicher Engagement- und Aktivitätsbereiche“ denn auch nur als „Anhang“ eines Kapitels ausgewiesen.

Aber wäre es nicht möglich gewesen, hier – trotz der Grenzen, die mit dem Instrument Survey gesetzt sind – bei Fragen und Erörterung des Materials der Vielfalt von Engagement mehr Konturen zu geben? Wie groß ist der Anteil von Engagement, wo es vor allem um direkten Kontakt mit Anderen im Rahmen von Hilfen und Diensten geht? Wie groß ist die Bedeutung von engagierter Tätigkeit bei der Öffentlichkeitsarbeit oder bei internen Organisationsaufgaben? Wie bedeutend der Anteil jener, die (als Elternbeiräte, Gründer von Umweltinitiativen, Seniorengenossenschaften) etwas tun, was mit „Leitungsfunktion“ nur annähernd umschreibbar ist – wo es um langfristige Selbstbindungen, Kompetenz im Aufbau von

Gruppen und ihrer Vernetzung, Erfahrung und Urteilsvermögen in Hinblick auf das Umfeld geht, in dem man operiert? Wieviel von diesem sehr realen „Sozialunternehmertum“ gibt es unter den Engagierten? In der gern gepflegten Rede von „den Hauptamtlichen und „den Ehrenamtlichen“ wird ja ein Defizit deutlich, das bezogen auf letztere darin besteht, dass man zwischen hoch kompetenten Leitfiguren mit viel Fach- und Bürgerkompetenz und denen, die gelegentlich beim Schulfest oder in der Kleiderkammer helfen, keinen Unterschied macht. Zu diesen Wissenslücken liefert der „Anhang“ zwar viel Konkretes, aber doch nur ein „Flimmern“, wenn es um die Verdeutlichung von gut sichtbaren typischen Formen freiwilligen Engagements und deren jeweiliges Gewicht geht. Alles in allem: Ein Freiwilligensurvey sollte nicht nur die Vielfalt der Beteiligten und der Schauplätze, sondern viel mehr auch die Vielfalt typischer Profile von engagiertem Handeln anschaulich machen.

3. Die Frage nach den politischen Dimensionen freiwilligen Engagements

Dass der Freiwilligensurvey 2014 ein eigenes Kapitel „Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter“ enthält ist wichtig und zunächst einmal nur zu begrüßen. Nur allzu oft gibt es in der öffentlichen Debatte zum engagierten Bürger einen „Subtext“, wo Engagement auf Helfen, Gemeinsamkeit und Geselligkeit pflügen und „etwas Praktisches leisten“ schrumpft. Insbesondere der Wandel im öffentlichen Sprachgebrauch, wo Engagierte und „Ehrenamtler“ gleichgesetzt werden, zeugt von einem Verständnis, das wichtige Dimensionen des Engagements wegdefiniert. Schließlich gibt es keine ehrenamtliche Gründer einer Bürgerinitiative oder ehrenamtlich Beteiligte an einer Petition.

Die Behandlung der politischen Dimension von Engagement unter der Überschrift „Politische Partizipation“ hat jedoch auch eine negative Kehrseite. Denn damit verschwindet im Survey auch weitgehend die Frage nach den politischen Dimensionen eines Engagements, wie es in Sozialprojekten, Bürgerenergiegenossenschaften oder der Gründung eines dörflichen Vereinszentrums sichtbar wird. In solchen und vielen anderen Fällen geht es nicht unbedingt um „politische Partizipation“, aber sehr oft um etwas, das damit nicht verwechselt werden sollte: Es geht um die Dimension des „Politischen“ und seine Präsenz im gesellschaftlichen Alltag von Engagement. Diese Dimension kommt überall dort zum Tragen, wo Kontroversen entstehen, die etwas fragwürdig werden lassen, was bislang Konsens war und so Spannungen zwischen Umwelt und eigenem Tun erfahrbar machen. Populäre Ausdrücke dafür finden sich, wenn man sagt: „Das Private wird politisch“ oder fordert „Act local, think global“. Partizipation oder Protest in offener Auseinandersetzung mit der verfassten Politik sind eben nur ein Teil des Politischen. Und nicht immer müssen die Botschaften von engagierten Projekten und Initiativen zu derartigen Formen des „Politik Machens“ hinführen. Zu entsprechenden „think global“ Motiven sich zu engagieren und ihrer mehr oder minder großen Bedeutung, erfährt man nun im Survey aber nur wenig. Mit Blick auf die Motive von Engagierten muss man sich mit einer kleinen Fragenbatterie zufrieden geben (S. 423), bei der es darum geht,

welches Gewicht jeweils „Spaß haben“, „Mit anderen Menschen / Generationen zusammenkommen“ „Qualifikationen erwerben“, „Beruflich vorankommen“ und ... „Gesellschaft gestalten“ im Motivbündel der Engagierten hat. Dieser letzte Punkt soll wohl Fragen nach der Haltung gegenüber dem politischen Gemeinwesen abdecken. Durfte es nicht ein bisschen Mehr sein? Wenn man bedenkt, was so alles auf den 600 Seiten des Surveys durchdekliniert wird, dann ist die Begrenztheit des Interesses an den gesellschaftspolitischen Bezügen der Engagierten doch atemberaubend.

Aber nach was könnte man denn in einem Surveyinterview sonst noch auf die Suche gehen (Achtung: hier werden keine Interviewfragen formuliert)?

- Spielt der weitere gesellschaftliche Kontext für die befragte Person überhaupt eine Rolle?
- Hat einen das eigene Engagement mit Politik und Verwaltung in Berührung gebracht?
- Ist man dabei eher auf Unterstützung oder eher auf Ablehnung gestoßen?
- Engagiert man sich in diesem/r oder jenem/r konkreten/r Verein/Projekt/Initiative weil man sich davon mehr erwartet als von der Beteiligung an der institutionalisierten („großen“) Politik?
- Hat das eigene Engagement das Interesse an politischen Fragen und Engagement als Partizipation wachsen lassen?

Dass es keinerlei Fragen dieser oder ähnlicher Art gibt, die anreichern oder konkretisieren könnten, was „Gesellschaft mitgestalten“ meinen könnte, oder helfen könnten zu verstehen, warum „Gesellschaft mitgestalten“ für Viele gar kein Thema ist, dieser dünne Bezug zu Gesellschaftspolitik, macht den Freiwilligensurvey in vieler Hinsicht blass und uninteressant.

Das Politische im Engagement lediglich über bestimmte Formen „politischer Beteiligung“ zu erfassen und gleichzeitig seiner Präsenz im breiten Feld des Alltagsengagements lediglich mit einer sehr allgemeinen Einzelfrage nachzugehen, heißt letztlich, die Bedeutung von Kritik an Politikern, Verwaltung und Geschäftswelt (aber auch der Zusammenarbeit mit ihnen) unterbelichtet zu lassen. Allerdings, an Spekulationen über die Gründe für die bemerkenswerte Enthaltensamkeit des Untersuchungsteams in diesem Fragenbereich möchte ich mich hier nicht beteiligen.

4. Zum Schluss: Mehr Engagement – ein Zeichen dafür, dass alles immer besser wird?

Ich habe dargelegt, warum ich den weiten Engagementbegriff, der im Survey 2014 gewählt wurde, für richtig halte, aber auch, warum ich die Differenzierungen, die es im Umgang mit der Vielgestaltigkeit von Engagement (nicht nur von Beteiligten und Orten) braucht, ungenügend finde. Konkretisiert habe ich dabei vor allem einen Punkt: die Frage nach Art und Ausmaß der gesellschaftspolitischen Prägung von Aktivitäten im weiten Feld des Engagements. Deutlich geworden ist diese politische Dimension in der letzten Zeit noch einmal an beidem:

dem gesellschaftlichen Engagement für Geflüchtete aber auch einer Gegenhaltung, wo die Flüchtlingsfrage dazu dient, mit großem, zum Teil hasserfülltem Engagement „das System“ an den Pranger zu stellen.

Der richtige Ansatz im Freiwilligensurvey 2014, Engagement in seiner ganzen Breite zu erfassen, bleibt aber halbherzig und führt zu Widersprüchen, wenn er dann doch in einen offiziellen Diskurs eingebettet wird, nach dem Engagement durchweg eine gute Sache ist und Engagementpolitik im Wesentlichen als Förderpolitik verstanden wird. Wie heißt es abschließend bei den „Implikationen für die Engagementpolitik“? „Die Zunahme des Engagements kann man auf gesellschaftliche Änderungen wie beispielsweise die Bildungsexpansion oder die gestiegene Thematisierung des Freiwilligenengagements in Politik und Öffentlichkeit, zurückführen“ (S. 627). Also: Mehr Engagement ist gut und gute Politik hat dazu beigetragen. Ist das nicht allzu simpel und harmonisierend gedacht?

Ich würde bei Betrachtungen zur Engagementpolitik gerne hinzufügen: Engagement ist auch ein Indikator für gesellschaftliche Fehlentwicklungen und die Mitverantwortung, die Politik dabei trägt. Oder, etwas weniger allgemein: Zeigt der rasante Anstieg von Fördervereinen an Schulen nicht *auch*, was bei staatlicher Bildungspolitik im Argen liegt? Insofern könnte man den langfristigen Anstieg der Engagementquote auch einmal kritisch sehen. Und noch etwas: Es gibt heute ein beträchtliches Engagement, das man (im nächsten Engagementbericht?) gerade deshalb mitvermessen sollte, weil es von Entfremdung oder gar Gegnerschaft zur Gesellschaft zeugt – gerade auch in Bezug auf ihre demokratischen und zivilen Elemente. Ein breiter Engagement-Begriff muss deshalb auch dazu führen, Engagement-Politik breiter zu definieren, als nur in den Kategorien von Förderpolitiken. Es braucht ein Verständnis von Engagementpolitik, das mindestens drei Ebenen umfasst:

- Die Ebene der *Sicherung von garantierten Freiräumen* – auch für das Engagement, das von gesellschaftlichen Mehrheiten oder der jeweils bestimmenden Politik abgelehnt wird. Sicherung von Freiräumen heißt aber auch: Rechtssicherheit für die Bürger und eine aktive Auseinandersetzung mit Formen des Engagements, die eine zivile und demokratische Kultur untergraben;
- die Ebene der Bestimmungen, mit denen staatlicherseits ohne spezifische Zwecksetzungen *das Feld förderungswürdiger gemeinnütziger Aktivitäten* abgesteckt wird. Auch das ist ein kontroverses Feld, wie man z. B. an den Bestrebungen, Organisationen wie Attac den Zugang zu diesem Feld zu versperren, sehen kann;
- schließlich die Ebene, die im Einklang mit dem gängigen Verständnis von Engagementpolitik auch im Schlusskapitel des Freiwilligensurveys als einzige angesprochen wird: die der *Förderung spezifischer Handlungs- und Organisationsformen auf dem weiten Feld des Engagements*. Auch hier gibt es genug Konflikte – etwa in Hinblick auf die Verfassung und Kontrolle der Freiwilligendienste, oder die Balance einer Förderpolitik, die per Übungsleiterpauschale ein Vielfaches von dem ausgibt, was für in-

stitutionelle Förderung (lokaler Freiwilligenzentren, Projekte und Programme) zur Verfügung steht.

Angesichts einer Vielfalt von Engagement, die mehr meint, als dass Engagement bunter und reichhaltiger geworden ist, braucht es ein breiteres Verständnis von Engagement-Politik. Auch dafür habe ich mich bei der Mitarbeit im zweiten Engagementbericht für die Bundesregierung, der vor einigen Monaten fertiggestellt wurde, eingesetzt.

Autor

***Prof. Dr. Adalbert Evers** war bis Herbst 2013 Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gegenwärtig arbeitet er als Gastprofessor am Ersta Sköndal University College (Stockholm) und als Senior Fellow am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg. Seine Schwerpunkte sind Theorien des Sozialstaats und der Sozialpolitik, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft, persönliche soziale Dienstleistungen im internationalen Vergleich, Governance Konzepte, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. Prof. Dr. Evers ist stellv. Sprecher der AG Zivilgesellschaftsforschung des BBE.*

Kontakt: Adalbert.Evers@uni-giessen.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de